

## Pressemitteilung

### Strafzölle auf Schuhimporte: EU-Kommission setzt sich über die Mitgliedstaaten hinweg

#### **HDS-Geschäftsführer Junkert: „Regierung sollte sich nicht ins Bockshorn jagen lassen und faulen Kompromiss ablehnen“**

Der Bundesverband der Schuhindustrie (HDS) nimmt mit Befremden zur Kenntnis, dass die EU-Kommission sich über das Votum der Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Abschaffung von Strafzöllen auf Schuhimporte aus China und Vietnam hinweggesetzt hat. So hat die Kommission dem Europäischen Rat heute vorgeschlagen die Zölle um 15 Monate zu verlängern, obwohl sich am 19. November eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten explizit gegen eine solche Verlängerung ausgesprochen hatte.

Mit ihrem Vorgehen missachtet die Kommission den Willen der Mitgliedsstaaten und das Interesse der europäischen - und ganz besonders der deutschen - Verbraucher. Der Vorschlag zeugt überdies von bisher ungeahntem Zynismus: Die Kommission ist sich natürlich darüber im Klaren, dass sie ihr Versprechen, die Zölle nach Ablauf der 15 Monate endgültig auslaufen zu lassen, eigentlich gar nicht geben kann. Sie hätte schlicht keinerlei rechtliche Handhabe, um dann eine erneute Überprüfung zu verhindern. Auch entsprechende „politische Garantien“ haben sich schon in der Vergangenheit als vollkommen haltlos erwiesen.

„Die Bundesregierung sollte sich nicht ins Bockshorn jagen lassen und diesem faulen, angeblichen Kompromiss auf gar keinen Fall zustimmen. Es geht hier schlicht um eine endlose Verlängerung der Zölle“, so HDS-Hauptgeschäftsführer Manfred Junkert. „Die anderslautenden Versprechen der Kommission sind das Papier nicht wert auf dem sie stehen. In 15 Monaten ist eine völlig neue Kommission im Amt und schon rein rechtlich ließe sich eine erneute Verlängerung nicht verhindern.“

„Rein juristisch können die protektionistischen Mitgliedsstaaten, die die Verlängerung der Zölle betreiben, auch in Zukunft weitere Überprüfungen verlangen“, urteilen auch die Europarechtsexperten der „European Footwear Alliance (EFA)“, der auch der HDS angehört.

„Die Bundesregierung sollte weiter für die sofortige Abschaffung der Zölle eintreten“ ergänzt Junkert deshalb. „Die deutschen Verbraucher und die deutsche Schuhindustrie dürfen nicht noch länger dafür bestraft werden, dass sie sich an die Bedingung der Globalisierung angepasst haben, nur weil andere den Zug der Zeit verpasst haben. Die Zölle sind blanker Protektionismus, dem die Regierung in ihrem Koalitionsvertrag zu Recht den Kampf angesagt hat.“

Die EFA hat ihren Rechtsbeistand damit beauftragt alle juristischen Optionen, inklusive möglichen Klagen, zu prüfen.

Offenbach, 27. November 2009  
HDS/cs

Bei Rückfragen:  
Dr. Claudia Schulz  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit HDS  
Berliner Str. 46  
63065 Offenbach  
Tel.: 069/829741-10  
E-mail: c.schulz@hds-schuh